

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

04.04.2018

Von Gerrit Hoekman

05.04.2018

Netanjahus Flüchtlingsdeal

Israels Premier verkündet Abkommen mit UNHCR zu afrikanischen Migranten, um es wieder auf Eis zu legen



Protest gegen Abschiebung: Afrikanische Flüchtlinge demonstrieren vor einem Internierungslager in der Negev-Wüste (2.4.2018)

Foto: Sebastian Scheiner/AP Photo/dpa

Der Poker um das Schicksal von 37.000 Flüchtlingen aus Afrika, die in den letzten Jahren in Israel gestrandet sind, nimmt kein Ende. Erst hatte der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu am Montag mitgeteilt, dass das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) mehrere westliche Staaten – unter anderem Kanada, Italien und

Deutschland – dazu bringen konnte, 16.250 Menschen aufzunehmen. Der Rest werde eine Aufenthaltsgenehmigung in Israel erhalten. Anschließend ruderte Netanjahu wieder zurück und erklärte auf Facebook, die Vereinbarung müsse zunächst geprüft werden und sei solange auf Eis gelegt.

Der Rückzug Netanjahus könnte unter anderem damit zusammenhängen, dass beispielsweise dem Bundesinnenministerium keine Anfrage bekannt war, wie die »Tagesschau« am Montag in ihrer Onlineausgabe berichtete. Deutschland sei aber seinen humanitären Verpflichtungen »immer umfassend nachgekommen und wird das auch in Zukunft tun«, heißt es in einer Stellungnahme des Ministeriums. Auch das italienische Außenministerium wusste nichts von einer Abmachung.

Nach Behördenangaben leben im Augenblick 42.000 afrikanische Einwanderer im Land. Die größte afrikanische Gemeinschaft gibt es mit 15.000 im armen Süden der israelischen Hauptstadt Tel Aviv. Die Geflohenen, die überwiegend aus dem Sudan und Eritrea stammen, sind zu Fuß über die ägyptisch-israelische Grenze gekommen und leben teilweise schon viele Jahre in Israel.

Die Umsiedlung nach Europa soll innerhalb der nächsten fünf Jahre stattfinden. Sollte der Deal tatsächlich zustande kommen, verpflichtet sich Israel, 16.250 afrikanischen Flüchtlingen eine Aufenthaltsgenehmigung für mindestens fünf Jahre zu gewähren. Was mit den restlichen rund 5.000 Flüchtlingen geschehen soll, ist unbekannt.

Im Februar hatten die israelischen Behörden 20.000 alleinstehenden, männlichen Flüchtlinge mitgeteilt, dass sie innerhalb der nächsten zwei Monate das Land verlassen müssten. Andernfalls kämen sie ins Gefängnis. Israel bietet den Migranten eine Rückkehrprämie von umgerechnet 2.800 Euro und ein Flugticket in ein vermeintlich sicheres Drittland an. Die Behörden hätten Interessierten Ruanda oder Uganda als Exil vorgeschlagen. Nach der Ankündigung der israelischen Regierung traten viele Flüchtlinge in den Hungerstreik und protestierten vor der Knesset. Als die beiden Länder hörten, dass die Ausreise nicht freiwillig geschehe, zogen sie ihre zuerst gegebene Zusage zurück.

Die Vereinten Nationen hatten Israel darauf hingewiesen, dass Flüchtlinge, die in den vergangenen Jahren in Gebiete südlich der Sahara umgesiedelt worden seien, dort keinesfalls sicher seien. Deshalb würden sie sich häufig nach kurzer Zeit auf den gefährlichen Weg nach Europa machen. Die Drohung der Regierung hatte in Israel eine Debatte ausgelöst, ob der Staat – einst selbst sicherer Hafen für Hunderttausende von Holocaustüberlebenden – nicht die ethische Pflicht habe, sich um die Afrikaner zu

kümmern. Israelische Menschenrechtler ergriffen Partei für die Drangsalierten. Sie erwirkten am 15. März vor dem Obersten Gericht einen vorläufigen Stopp der Pläne.

Israel war nicht immer so abweisend, wenn es um die Migration von Ostafrikanern ging.

Um den Jahreswechsel 1984/85 hatte die Regierung in der »Operation Moses« fast 8.000 Juden aus Äthiopien einfliegen lassen. Bis heute haben sie einen schweren Stand. Rassistische Ressentiments sind nicht selten. Manche Rabbiner bezweifeln aufgrund religiöser Differenzen das Jüdischsein der Äthiopier. Für die Einwanderer, die überwiegend Bauern waren, bedeutete die Umstellung auf ein städtischen Leben in Israel zudem ein Problem. Sie zogen sich in ihre eigene Gemeinschaft zurück. Staatliche Integrationsprogramme zeigen bislang nur wenig Erfolg, auch wenn es die jüngere Generation der Einwanderer etwas leichter hat.